

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Gendewitz, für den Verleger: Rudolf Koch anskl., beide in Halle. — Redaktion: Halle, Brunnengasse 11, Fernsprecher Nr. 5407. Erscheinungstage: Samstag und Freitag vormittags von 11—12 Uhr, Sonntag vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27. — Bezugspreis: Monatlich 1,25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1,15 Mark. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Hg. — Anzeigengebühr: Die Zeitungsstellen 30 Pfennig, Sonntags von auswärts 40 Pfennig im Voraus. — Fernsprecher: Nr. 5407. — Setzungspreisliste Seite 411. — Expedienten: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher: Nr. 5407. — Setzungspreisliste Seite 411.

Nr. 48.

Halle, Mittwoch, den 26. Februar 1919.

3. Jahrgang.

Die heutige Nummer der Volksstimme erscheint unter Vorzensur des Arbeiterrates.

## Hast du gestern eine Stimme gewonnen?

Diese Frage ergeht an jeden Proletarier, der bisher schon sozialdemokratisch wählte, Tag für Tag; denn es muß das Bestreben eines jeden Sozialdemokraten sein, die Zahl der Stimmen der alten Sozialdemokratie bis zum nächsten Sonntag zu verdoppeln. Wer das nicht tut, der arbeitet denen in die Hände, die noch vor Wilhelm II. auf den Knien rutschten, den Deutsch-Nationalen, oder denen, die uns die Schandstaten der Bolschewisten an die Rockschöße hängen möchten, den Deutsch-Demokraten oder den Spartakisten, die die Vernichtung der Gewerkschaften und die Entzündung eines neuen Weltkrieges auf ihre Fahne geschrieben haben. Am nächsten Sonntag muß sich zeigen, daß auch in Halle die Bevölkerung zur alten sozialdemokratischen Partei hält und zu ihr steht im Kampf gegen Monarchismus, Militarismus, Mammonismus und Anarchismus!

Darum wählt am Sonntag die Liste der alten sozialdemokratischen Partei — die Liste Kleeis.

## Der Generalstreik.

Unsere Stellungnahme zum Streik.

Unsere Partei hat gestern zu dem Generalstreik Stellung genommen und hat beschlossen folgende

### Erklärung

durch ihre Vertreter in der getriggen Arbeiterratsitzung abgegeben und demnach veröffentlicht zu lassen.

Die vor alten sozialdemokratischen Partei angeführten Mitglieder des Arbeiterrates geben im Auftrag der alten sozialdemokratischen Partei folgende Erklärung ab:

Wir bedauern die Proklamierung des Generalstreiks im gegenwärtigen Augenblick, weil wir darin kein geeignetes Mittel sehen, die Erfolge der Revolution zu sichern. Wir sind bereit, Schulter an Schulter mit der übrigen organisierten Arbeiterkraft und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Organisationsarbeiten der Revolution zu sichern und allen revolutionären Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln höchstens entgegenzutreten.

Gegenwärtig besteht jedoch das gesamte Programm der uns noch zu Recht und danach gilt das Selbstbestimmungsrecht des Volkes als oberstes politisches Gesetz. Die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung haben nach einem Wahlsiege stattgefunden, das voll nach unserem Parteiprogramm entschieden. Die Wahlen in den Gemeindeverwaltungen werden unter demselben Wahlsiege vollzogen. Somit ist vollste Gewißheit gegeben, die zukünftigen politischen Verhältnisse in Deutschland

entsprechend dem Willen des Volkes zu gestalten.

Das Wirken der Arbeiter oder Betriebsräte auf wirtschaftlichen Gebieten

erkennen wir als notwendig an, müssen jedoch alle Versuche, ihnen irgendwelche politischen gesetzlichen Rechte zuzuschreiben, ablehnen. Als einzige geltend gemachten politischen Ansprüche können wir nur die nach dem freien Wahlsiege der Welt gewählten Volksvertretungen anerkennen.

Ein politischer Streik darf keinen unzulässigen Zwang auf den freien Volkswillen ausüben. Nur wenn wir uns schicklich und unabweislich auf den Boden der wahren Demokratie stellen, können wir die Organisationsarbeiten der Revolution sichern.

### Wor allem

Wir bedauern die Proklamierung des Generalstreiks, ohne daß die Arbeiter in den Betrieben vorher in geheimer Abstimmung ihr Mitbestimmungsrecht ausüben konnten. Aus diesen Gründen müssen wir die Verantwortung für alle in Zukunft aus dem Streik entstehenden Folgen ablehnen.

Sonntag hat eine Bergarbeiterkonferenz im Volksrat den Generalstreik der Bergarbeiter im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier beschlossen, Montag sind die Bergarbeiter in den Zustand getreten. Der Stein, an dessen Forderung lange und mit starken Kräften gearbeitet

wurde, ist ins Rollen gekommen, ist nicht mehr aufzuhalten, er rollt bergab und wird — zum Ziele kommen. Schlag auf Schlag sind die erwarteten und gewünschten Ereignisse eingetreten, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, Straßenbahner, Eisenbahner in Halle haben sich dem Generalstreik angeschlossen, ebenso die Arbeiter der verschiedenen Betriebe und Industrien im ganzen Bezirk. Ein Aktionsausschuß hat sich konstituiert und hat das gesamte Proletariat zum Generalstreik aufgerufen. Die Arbeiterkraft sollte dem Anse,

Der Hallische Arbeiterrat hatte für Dienstag nachmittags eine Sitzung einberufen, zu der auch die Gewerkschaftsvorstände eingeladen waren, und hat sich in dieser Sitzung gleichfalls für den Generalstreik ausgesprochen und eine Resolution gegen die gegenwärtige Regierung angenommen.

Der letzten Endes von den Unabhängigen inszenierte Streik geht um keine Kleinigkeiten, Großes steht auf dem Spiel, und da ergibt sich auch für die mehrheitspolitische Arbeiterkraft die Notwendigkeit, Stellung zu nehmen zu diesem Streik und seinen Zielen. Zunächst geht es um die Anerkennung der Betriebsräte durch die Regierung, und dann um die Frage, um die schon monatelang heiß getritten wird: Räteystem oder Volksvertretung. Die Streikbewegung will erzwingen, daß in der künftigen deutschen Verfassung den Arbeiterräten entscheidender politischer Einfluß bei der Gesetzgebung eingeräumt wird, weitergehend wird sogar gefordert, daß die Räte die alleinige politische Körperschaft darstellen sollen. Räteystem oder demokratisch gewählte Volksvertretung, das ist die Frage, die sich die sozialdemokratische Arbeiterkraft stellen muß, wenn sie sich für oder gegen diesen Streik entscheiden soll, und da gibt es es noch unsere Programm in nur eine Antwort: Für wahre Demokratie für die Volksvertretung. Und daraus folgt ganz selbstverständlich, daß wir diesen Streik nicht gutheißen können, daß wir ihn nicht unterstützen können, daß wir ihn um seines Zieles willen bekämpfen müssen, weil er unseren Forderungen, unseren programmatischen Forderungen, auf die sich oft, wenn es ihnen paßt, auch die Unabhängigen berufen, zuwiderläuft.

Das ist die Frage, die sich die sozialdemokratische Arbeiterkraft stellen muß, wenn sie sich für oder gegen diesen Streik entscheiden soll, und da gibt es es noch unsere Programm in nur eine Antwort: Für wahre Demokratie für die Volksvertretung. Und daraus folgt ganz selbstverständlich, daß wir diesen Streik nicht gutheißen können, daß wir ihn nicht unterstützen können, daß wir ihn um seines Zieles willen bekämpfen müssen, weil er unseren Forderungen, unseren programmatischen Forderungen, auf die sich oft, wenn es ihnen paßt, auch die Unabhängigen berufen, zuwiderläuft.

Das ist die Frage, die sich die sozialdemokratische Arbeiterkraft stellen muß, wenn sie sich für oder gegen diesen Streik entscheiden soll, und da gibt es es noch unsere Programm in nur eine Antwort: Für wahre Demokratie für die Volksvertretung. Und daraus folgt ganz selbstverständlich, daß wir diesen Streik nicht gutheißen können, daß wir ihn nicht unterstützen können, daß wir ihn um seines Zieles willen bekämpfen müssen, weil er unseren Forderungen, unseren programmatischen Forderungen, auf die sich oft, wenn es ihnen paßt, auch die Unabhängigen berufen, zuwiderläuft.

und dem Volksganzen zum Segen gereicht.

Unsere örtliche Organisation hat zu dem Streik Stellung genommen und hat ihre Stellungnahme in der an der Spitze des Blattes veröffentlichten Erklärung niedergelegt.

Der springende Punkt bei dem Streik ist eben doch die Frage des Räteystems, und da ist es notwendig, klar darzustellen, welche Stellung wir zu ihm nehmen und welche Aufgaben wir den Arbeiterräten in Zukunft jemeinen? Wir erkennen ohne weiteres an, daß die Betriebsräte (oder wie hiesige Arbeiterräte) als wirtschaftliche Körperlichkeiten leistungsfähig wirken werden und fortbestehen müssen, wir lehnen nur ihre politische Tätigkeit jetzt, nachdem das Volk sich eine tatsächliche politische Volksvertretung nach seinem freien Willen gewählt hat, ab. Es steht fest, daß das Räteystem sich nicht überleben wird, sondern es wird sich entwickeln, und es wird große Aufgaben vorfinden. Des ferneren steht fest, daß in der deutschen Republik völlige Adressationsfreiheit besteht und in Zukunft immer bestehen muß, so daß also niemand die Bildung von Räten verbieten kann, und andererseits die Arbeiter, Angestellten und Beamten kraft ihrer Organisations- und auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips in der Lage sein werden, selbst gegen den Willen von Betriebsleitungen oder Staatsorganen, die Betriebsräte zu bilden und zu erhalten.

In jedem Betrieb, wo mehr als 50 Personen beschäftigt werden, muß ein Betriebsrat gewählt werden. Die Betriebsräte haben die Verhältnisse zu überwachen. In kleineren Betrieben, wo keine Betriebsräte gebildet werden können, müßte das System der Vertrauensmänner und Delegierten eingelegt werden, dem gleichfalls die Überwachung der Verhältnisse obliegt. In den Verhältnismäßigkeiten über die Arbeitszeit, sondern die Ausbildung, Preisbildung, Kalkulationsverhältnisse gehören ganz besonders dazu.

Aus den Betriebsräten heraus wird heute der große Arbeiterrat gewählt. Man kann diesen großen Arbeiterrat eine Arbeiterkammer nennen. Diese Arbeiterkammer wird sich immer aus den Betriebsräten bilden oder aus allgemeinen Wahlen der Arbeiter und Angestellten hervorgehen, und sie wird über die Verhältnisse in den Gesamtbetrieben der Stadt zu wachen haben. Der Aufgabekreis dieser Arbeiterkammer kann ein sehr großer werden. Sie werden die Gesamtarbeiter und Angestellten gegenüber den Behörden und den Behörden vertreten, werden Anträge, Gutachten und Gesetzesentwürfe bearbeiten, und sie werden Arbeitsamt, Schiedsamt und Einigungsamt in Arbeiter- und Angestelltenfragen sein. Über den Arbeiterkammern der Städte werden sich Landes- oder Provinzialkammern und über diesen eine Reichsarbeiterkammer erheben. Die Reichsarbeiterkammer vertritt Arbeiterkammern gegenüber den Reichsbehörden. Die Arbeiterkammern werden insofern eine Macht sein, als sie sich auf Sachkenntnis und geheimes Urteil stützen werden, und insofern, daß in reinen Arbeiterfragen die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten unter ihnen werden sie oft zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsinteressen als — man erfordere nicht — (besonders bei sozialistischer Wirtschaft) konstituierendes Element

haben, genau so, wie Betriebsräte manchmal zwischen Lohnforderungen und Gehaltsfrage werden betriebsräteähnlich wirken müssen. So etwas ist für den Reiner der Dinge selbstverständlich.

Das wäre das Minimum, das wir wollen, das wäre die Macht, die die Räte ausüben können. Alle Rechte der Räte zu geben, wie vielfach gefordert, müssen wir ablehnen, weil dadurch, wie das Bremer und andere Beispiele zeigen, die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterschaft nicht erreicht werden kann.

Das einzige Mittel, die noch überwiegende wirtschaftliche Macht kapitalistischer Kreise einzubrennen und abzubauen, ist die Demokratie für die Überwindung kapitalistischer Wirtschaftsweise in sozialistische Wirtschaftsweise durch die Demokratie. Eine Diktatur ist dazu ungenügend. Diktatur ist doch nur das verheerende Wort für Gewaltherrschaft, und Gewaltherrschaft fördert folgerichtig Gewaltwiderstand heraus. Demokratie aber zwingt auch den wirtschaftlich Stärkeren zur Einordnung in einen Rechtszustand, der sich immerzu bildet und umbildet nach dem allgemeinen Volkswillen. Darum muß auch jedem denkende Arbeiter die Demokratie höher stehen als die Forderung: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten.

Diktatur ist die natürliche Quelle für Annäherung, Mäßigkeit, humane Gewalt und Verantwortungsbewußtsein, sie führt zur Vererbung und Entfaltung des politischen Lebens. Demokratie aber ist Freilegung aller schicksalbestimmenden Kräfte eines Volkes, Demokratie ist freie Bahn den Tüchtigen, ist Freiheit der Entwicklung. Demokratie macht den Weg frei für den Sozialismus.

Auch die internationale Sozialistenkonferenz in Bern hat in ihrer bekannten Entscheidung über „Diktatur und Demokratie“ die Diktatur abgelehnt, weil sie der sozialistischen Entwicklung schädlich ist und sich für die Demokratie erklärt, weil nur auf ihren Grundlagen der Sozialismus durchgeföhrt werden kann. Auch der internationale Sozialismus ist also mit uns, wenn wir die Demokratie höher stellen als die Forderung: Alle Macht den A- und S-Räten. Die Arbeiterklasse haben Aufgaben zu erfüllen in der besonderen Arbeiterpolitik und in der Sozialpolitik, die politische Macht aber gehört der demokratisch gewählten Volksvertretung.

Aus dem hier Gesagten, aus unserer ganz selbstverständlichen Klaren Stellung zu den Fragen: Demokratie oder Diktatur; Räteherrschaft oder Volksvertretung ergibt sich mit der gleichen unumstößlichen Deutlichkeit unsere Stellungnahme zu dem Generalstreik: Wir mißbilligen ihn und können ihn in keiner Weise unterstützen. Wir wollen das Beste für die tatsächliche Verwirklichung des Sozialismus, und liegt das Wohl und Wehe der Arbeiter der Arbeiterklasse, des gesamten Proletariats, nicht am Herzen, dies allein diktiert uns unsere Stellungnahme und da gibt es keinen Zweifel:

**Wir sind auf dem rechten Wege.**

Wie am Kopf unseres Volkes verweilt, erweist die heutige Nummer der Zeitschrift unter Vorzeichen des Arbeiterrats, trotzdem diese Abstimmung des Arbeiterrats ungeschicklich ist, haben wir uns unter den bestehenden Verhältnissen unter Protest dieser Abstimmung fügen müssen.

Um Streik selbst liegen noch folgende weitere Meinungen vor:

Die Metallarbeiter haben am Dienstag bereits die Arbeit eingestellt und eine Demonstration mit Aufmarsch auf dem Markte veranstaltet. Ein Teil der Soldat Arbeiter hat ebenfalls am Dienstag mittig nicht mehr gearbeitet. Gleichen freieren die Straßenbahner. Der Straßenbahnerstreik ist in der ganzen Stadt eingetreten. Auch die Eisenbahner streikten bereits gestern. Der Güterverkehr lag vormittags still, der Fernverkehr ruhte am nachmittag, die Schalter auf den Bahnhöfen sind geschlossen. Der gesamte Zugverkehr ist eingestellt. In der getriggen Arbeiterrückbildung wurde beschlossen, bis Mittwoch mittig alle Verkehrsmittel abzubrechen. Heute morgen sah man denn auch zahlreiche Arbeiter, die sich freientföden vor den Bahnhöfen stehen, um nach eigenem Willen dem Verkehr entgegen zu treten. Der Generalstreik ist heute in damit abgeschlossen geworden. Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Gaswerk bleiben nach den Anordnungen des Aktionsausschusses in Betrieb, so daß Wasser, Licht und Kochgas aller Haushaltungen noch nicht abgelehnt werden.

**Das Ende der Brechfreiheit.**

Der Arbeiterrat hat in seiner getriggen Sitzung beschlossen, daß die heutigen Zeitungen Mittwoch das letzte Mal erscheinen dürfen und daß dann nur ein Mitteilungsblatt herausgegeben werden darf, daß die Interessen der Brechfreien vertritt.

Dieser Beschluß bedeutet das Ende der Brechfreiheit in Halle und ist nicht in Einklang zu bringen mit der von der Brechfreiheit ungeschickl gemachten Brechfreiheit. Wir müssen natürlich gegen diesen Beschluß Protest erheben.

Weber die Arbeiterentscheidung selbst können wir leider nicht berichten, Brechfreiheit wurden nicht gelassen und der Arbeiterrat liesserte keinen Bericht, weil die Sitzung nicht öffentlich war. Eine Zulassung über die Sitzung möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Es heißt darin: Eigenartig berührte der ständige Vorstand einiger Organisationen von Aktion und Aktion. In seinem einleitenden Redner erklärte Aktion, daß der Streik Sonntag um den Arbeiter der Eisenbahner entstanden sei, und andererseits erklärte Aktion, wenn man sich über den Erfolg des Streiks berheben, wenn es sei allen Sinne laune und genügend vorbereitet, um den Erfolg zu sichern.

**Die Stellungnahme des Soldatenrates zum Generalstreik.**

Nach einstimmiger Annahme der am 24. Februar 1919 in der Verteilungsfabrik verammelten Angehörigen sämtlicher Truppenkörper der Stadt Halle

Rechtliche gesamte Garnison dem Generalstreikern und nimmt hierzu eine strenge zentrale Stellung ein.

Die Garnison ist fest entschlossen, neben dem persönlichen Eigentum vor allem die Lebensmittelmagazine, Waffendepots, alle öffentlichen und öffentlichen Gebäude, sowie die öffentlichen Banken vor jedem Angriff zu schützen.

Mut und Ordnung muß auf jeden Fall aufrecht erhalten bleiben.

Kameraden! Lebt euch nicht zu Unbesonnenheiten hinreichend! Seid zurückhaltend und vermeidet Zusammenkünfte! Bewahrt euerne Selbstbeherrschung!

Der Soldatenrat Halle, Bez. Platen, Gabel. Diese Entscheidung wurde auch in Plakaten öffentlich angehängen.



**Zum Kampf gehört Geld!**

**Zeichnet auf die Sammellisten zur Stadtverordnetenwahl.**



**Keine Parteibeförderung mehr.**

Infolge gängiger Einstellung des Zugverkehrs auf dem hiesigen Hauptbahnhof und dem Stillstand der Bahnhöfe, können die hiesigen Postanstalten Boten und Briefe nach außerhalb für die Dauer dieser Sperre nicht annehmen.

**Ueber die Streiklage im Bezirke berichtet das Volksblatt folgendes:**

In Halle und Umgebung brach der Montag die Einstellung der Gruben bei Brander, Rietzen, Gröbers und an der hiesigen Stadtbahn. Außerdem stehen in Ammenbrunn heute alle größeren Betriebe vollständig still. Chemische Industrie, Metallindustrie, und Papierfabriken werden daran betroffen.

Im Merseburger Bezirk rufen bis nach Querfurt hin im Geheiß alle Brauereien an. Die große Deunawerft wird von heute an ebenfalls in den Streik hineingezogen. Die Kohlschichte des Amstettes bis hinein in den Stadtsbergkreis wollen sich heute der Streikbewegung anschließen.

Im Mansfelder Kreis stehen die Werke im Geheiß bereits seit einigen Tagen still. Die Kohlungruben in der Umgegend von Oberböhlen und bei Teulendorf und am Montag in den Streik hineingezogen worden. Auch die Chemischen Fabriken bei Teulendorf liegen still.

Im Mansfelder und Merseburger Kreise haben auch die Landarbeiter großer Ärger die Streiklage angefaßt, ob sie sich am Streik beteiligen können. Das ist — falls die Bewilligung anerkennen werden — als möglich erklärt worden.

Im Bitterfelder Kreis hat der Streik bereits ziemlich allgemein. Die Brauereien Arbeiter treten getrennt in den Streik. Die Belegschaften der großen chemischen Werke schlossen sich bereits heute, Dienstag, der Bewegung an und ebenso kommt die Streikbewegung in der Metallindustrie zum Durchbruch. — In Delitzsch bilden die Eisenbahner die Kerngruppe der Streikbewegung, ihnen schließen sich nach und nach die übrigen Gewerke an. — In Gellaunburg hat die Streikbewegung auch das große Zehlfeldwerk erfaßt.

Bei Bitterberg rufen sowohl die Kohlungruben des Bergwerkes Reviere als auch das große Zehlfeldwerk bei Pleßberg und das Sprungstollenwerk Reviere an. Auf die Brauereibetriebe in Anhalt, im Magdeburgerischen, im Altmark und Sachsen hat der Streik ebenfalls bereits übergriffen.

Der Leipziger A- und S-Rat fordert die Leipziger Arbeiter zum Sympathiestreik für den Streik im mitteldeutschen Bezirke auf.

**Der Gegenstreik.**

**Das hallische Bürgertum und die Beamten streiken.**

Der Generalstreik hat in Halle eine Gegenbewegung hervorgerufen. Das Bürgertum und die Beamten haben den Generalstreik des Bürgertums als Abwehrmaßnahme beschlossen und folgendes Flugblatt herausgegeben:

In einer Versammlung, in der alle Kreise und Schichten vertreten waren, ist gestern Dienstag als Abwehrmaßnahme der Generalstreik des Bürgertums einstimmig beschlossen worden.

Wir wollen uns damit gegen den Terror wehren und wir wollen mit aller Kraft nach für die Gleichberechtigung des Bürgers eintreten. Umgehender sind die Behörden, die durch die Beschließung des Generalstreiks eintreten werden. Deshalb wollen wir mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß der Streik baldigst durch unseren Gegenstreik beigelegt wird.

Unsere Forderung geht dahin: Alle Angehörten, Beamte, überhaupt alle Bürger sollen ihre Tätigkeit ein- alle Geschäfte schließen lassen, Bureaus, Schulen, alle öffentlichen Bureaus und Schulen schließen gleichfalls geschlossen werden. Wir wollen freudig die Arbeit wieder aufnehmen, wenn der Generalstreik der Unabhängigen beendet und die Bahn frei ist ein geschicktes Vorgehen einer Regierung, die die großen Massen des Volkes hinter sich hat.

**Der Aktionsauschuß des hallischen Bürgerkreises.**

Unterzeichnet ist das Flugblatt von einer Anzahl von Berufs- und wirtschaftlichen Organisationen.

Weiter hat der Aktionsauschuß des Bürgerkreises ein Telegramm an die Reichsregierung geschickt, worin er gegen die Stilllegung der Bürgerlichen Zeitungen durch die Unabhängigen protestiert.

Die Bürgerliche hat schon vor dem einen Beschluß gefaßt. Die Werte stellen heute früh ihre Sprechstunden ein, Besuche werden nur da gemacht, wo Lebensgefahr vorliegt.

Der Arbeiterrat ist eingeleitet, ebenso Telefon- und Telezentrale, viele Bäder sind geschlossen, die hiesigen und anderen Beamten streiken. Die Schulen haben geschlossen. Der gesamte Geldverkehr soll eingestellt werden.

**Der Aktionsauschuß des Bürgerkreises an die Streikleitung.**

Der Aktionsauschuß des hallischen Bürgerkreises fordert die Streikleitung der unabhängigen Sozialdemokratie auf, für die bedingungslose ungeschickte Wiedereinnahme der Arbeit Sorge zu tragen.

Dann wird auch das streikende Bürgertum aller Berufs und Schichten die Arbeit ungeschickl wieder aufnehmen. Der Aktionsauschuß des hall. Bürgerkreises (folgen Unterzeichneten)

**Der Protektstreik der Bergbau-Angestellten.**

Die Angestellten des mitteldeutschen Bergbaus sind ihrem Beschluß gemäß gestern vormittag in den Braunkohlen-, Kali- und Kupferwerken im ganzen engeren mitteldeutschen Bezirke in den Ausland getreten. Die Vereinigung der Angestellten hat an die Regierung folgende Forderungen gestellt:

- 1. Die Arbeiter nehmen die Arbeit bedingungslos auf.
- 2. Die Arbeiter unterstützen die Regierung und den Parlament und erkennen die vormaligseitig erlassenen Verfügungen insofern, als die vom 18. Januar, an.
- 3. Der Belegschaftenrat zu Halle ist anzunehmen.

Die Beteiligung der Angestellten ist nicht gerade eine Sozialdemokratische des Bergbaus, soweit diese durch bedingungslose Schließung der getriggenden Arbeiterparteien herbeigeföhrt wird, aber sie verdient bei dieser Zeit in das Wirtschaftliche einflussreichenden Maßnahmen mit entscheidend gehört zu werden und ist fest entschlossen, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn sich die Arbeiterklasse auf den Boden von Ordnung und Gehalt stellt.

**Die Debatte über die Reichswehrvorlage in der Nationalversammlung.**

Weimar, 26. Februar.

Vizepräsident Lehmann eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Reichspräsident Ebeling hat erklärt, die Regierung werde die Interpellation der Deutschen Nationalen Volkspartei betreffend Übergriffe einzelstaatlicher Verwaltungen in Bezug auf den Religionsunterricht an einem nach zu vereinbarenden Tage beantworten.

Weiter steht auf der Tagesordnung der Gegenwärtig über die vorläufige Reichswehr. Abg. Köpplin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf. Durch Aufhebung der Wehrpflichtigen eine militärische Macht zu schaffen, ist jetzt nicht ausführbar. Notwendig ist auch, daß die Grundsätze sich einer Kommandogewalt unterziehen und eine starke Disziplin haben. (Schärfste Zustimmung.)



# Zum Generalstreik.

Am Montag früh sind die Belegschaften sämtlicher Gruben der Braunkohlenbezirke Bitterfeld, Halle, Oberdröbblingen, Geisetal, Weissenfels, Meuselwitz und Borna ohne jede Begründung zu geben in den Generalstreik eingetreten. Der Beschluß zum Generalstreik ist in einer Bergarbeiterversammlung in Halle am 23. Februar 1919 unter Vorsitz der Mitglieder des Bezirksrats eterrates Koenen, Kausch und Peters gefaßt worden. Vertreter aus Weissenfels, Zeitz und Meuselwitz, die gegen den Streik sprachen, wurden niedergeschrien. Nach Mitteilung des unabhängigen Volksblattes vom 24. trat insbesondere Steiger Peters für die sofortige Erklärung des Generalstreiks ein.

Die Gründe des Streiks sind rein politischer Natur. Wie aus den Äußerungen der verschiedenen Arbeiterausschüsse auf den Gruben hervorgeht, soll durch ihn ein Druck auf die Regierung dahin ausgeübt werden, daß sie die von dem Bezirksratsbeirrat gewünschten Betriebsräte nach Wiener Muster anerkennt, daß die Sozialisierung sofort in Angriff genommen wird und letzten Endes

## daß die gegenwärtige Regierung einschl. der Nationalversammlung zurücktritt.

Von besonderem Interesse ist die Begründung, welche der Betriebsrat der Grube Emilie II bei Mücheln schriftlich niedergelegt hat. Sie lautet:

Sofortige Anerkennung der Betriebsräte. Anerkennung der Räte-Regierung Bayerns, sofortige Einführung auch bei uns. Beseitigung der Reichsregierung und der Nationalversammlung. Anerkennung der Räte aus politischen und wirtschaftlichen Interessen. Das sofortige Eingreifen soll geschehen durch den Vorkall in W. u. u. und den verschiedenen Verhandlungen, auch über solche in Halle betr. den Genossen Ferkand. Bekannt. Fall Ferkand betrifft besonderes Interesse, da derselbige ein zweiseitiger ist. Der Streik um die Betriebsräte währt bereits seit Erlaß der Regierungsverordnung vom 18. 1. 1919. In ihr hat die Reichsregierung in weitgehendem Entgegenkommen den Arbeitern die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht und nach den Regeln der Verhältniswahl zugeeignet und die sofortige Wahl angeordnet. Der Halleische Bezirksbergarbeiterrat, eine ohne Zutun der Bergarbeiter, lediglich offenbar aus persönlichem Ehrgeiz zustande gekommene ungesetzliche Vereinigung politisch auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie stehender Männer, von denen die Hälfte überhaupt nie im Bergbau tätig war, hat sich mit dieser gesetzlichen Regelung nicht einverstanden erklärt, sondern eine aufreizende Propaganda unter den Belegschaften auf Errichtung von Betriebsräten eröffnet, deren letztes Ziel die Sozialisierung von unten sein soll. Der Erfolg dieser Tätigkeit ist der jetzige Generalstreik, dessen Folgen nicht allein für die Industrie Mitteldeutschlands sondern für die allgemeine deutsche Volkswirtschaft von unheilvollstem Einfluß sein wird.

Der Streik ist systematisch betrieben. Noch am Freitag, 3. Februar noch am Sonnabend ist auf den Gruben keinerlei Beunruhigung zu Tage getreten und selbst am Montag haben auf einer großen Reihe der Werke die Arbeiter erklärt, daß sie keine Veranlassung zum Streik hätten und mit ihren jetzigen Arbeits- und Lohnbedingungen zufrieden wären, daß sie dagegen der Gewalt und der Drohung wideren.

Anscheinend sind neben den unabhängigen Führern Spartakusleute und mit russischem Gelde bestochene Elemente die treibenden Kräfte, die den größten Teil der Arbeiterschaft ganz gegen seinen Willen in diese Katastrophe zwingen.

Die Durchführung des Streiks wird in rückwärtsloster Art z. T. gegen die eigenen Interessen der Arbeiter gehandhabt. Am Montag früh erklärten sich noch die Ausschüsse sämtlicher Gruben bereit, für die Kohlenversorgung der eigenen Kesselhäuser, Pumpen und Schmelzerien einzutreten zu wollen. Eine Bergarbeiterversammlung in Teuchern am Montag, den 24. 2., nachmittags faßte jedoch den Beschluß, ohne Rücksicht auf die eintretenden Folgen, den Betrieb ganz ruhen zu lassen. In einer Versammlung in Hofenmühlen wurde vereinbart, die Schmelzerien innerhalb 48 Stunden halt zu legen, obwohl eine so schnelle Abseuerung die größte Gefahr für den baulichen Zustand der Anlagen zur Folge haben muß. Wasserwerke und elektrische Zentralen werden mit Kohle nicht mehr versorgt; auf einer Grube bei Halle ist durch den Arbeiterausschuß ausdrücklich betont, daß jeder Absatz an das Wasserwerk Halle mit Gewalt verhindert werden würde. Beamte, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes förderten, sind daran gehindert worden; auf Grube Emilie bei Tackau ist die Lichtleitung zum Tagebau durchschnitten worden. Beamte sind auch auf anderen Gruben an dem Vertreten der Werke gehindert worden. Die Folge dieses Terrors ist der am 24. 2. nachmittags erklärte Generalstreik der Beamten, die damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die ungesetzlichen Maßnahmen der Arbeiter nicht billigen.

## Zu ihrem Bedauern sind die Leitungen der Betriebe dadurch außerstande, die Geldhätte weiter zu führen.

Die lediglich aus politischen Gesichtspunkten betriebene Agitation einzelner ihrer Verantwortlichkeit in keiner Weise bewußten Personen hat also Mitteldeutschland in den wirtschaftlichen Abgrund getrieben. Bald werden Städte und Dörfer ohne Licht, ohne Wasser, ohne Kraft sein, Hunger und Elend werden in alle Kreise einziehen, der Haß unter den Bevölkerungsklassen wird aufs neue aufgepeitscht, unser Vaterland wirtschaftlich zu Grunde gerichtet — und das alles ohne jeden vernünftigen Grund.

Es handelt sich um eine Machtfrage, die alle auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung, der Ruhe und Ordnung stehenden Kreise zu einem geschlossenen Auftreten gegen die Unberuftheit und Gewissenlosigkeit zusammenschweißen muß.

## Die Bergwerksleitungen lehnen jedenfalls eine Verantwortung für die Ereignisse und Folgen ausdrücklich ab.

Die Führer der Gewerkschaften stehen der Streibewegung fern.

## Halleischer Bergwerks-Verein.





# Wintergarten

Magdeburger Strasse 66

# Hippodrom

Direktion: Georg Arndt

Fernruf 2185

wegen seiner gediegenen Dekoration und seiner Vornehmheit  
bei der eleganten Welt

===== allgemein beliebt. =====

Täglich ab 4 Uhr  
- nachmittags: -

## Gr. Reit- u. Sportfest.



# An alle unsere Mitbürger!

In einer Zeit, wo wir alle Kräfte für den Wiederaufbau Deutschlands gebrauchen, ist in Mitteldeutschland ein **Generalfstreik** ausgebrochen,

Wir erstreben eine friedliche Neuordnung unseres Vaterlandes durch die Regierung in Weimar und durch die Nationalversammlung, die die weitaus überwiegende Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Papierne Proteste sind nutzlos. Deshalb haben wir als Gegenmaßnahme gegen den Generalfstreik der unabhängigen Sozialdemokratie,

## Generalfstreik des gesamten Bürgertums

organisiert. Wir wollen für alle Einwohner Gleichberechtigung und Freiheit erstreiten.

An alle unsere Mitbürger ergeht deshalb die

### dringende Bitte:

**Stärkt unsere Reihen!**

**Zeigt die Geschlossenheit**

**des Bürgertums in Not und Gefahr!**

An Alle ergeht unser Ruf: Beamte, Angestellte, Arbeiter, die ihr nicht auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie steht, Industrielle, Kaufleute, Handwerksmeister, Gewerbetreibende, kurz alle Bürger Halles, müssen sofort ihre Arbeitsstelle verlassen, sofern sie es noch nicht getan haben und **mit uns in den Generalfstreik des Bürgertums eintreten.**

Nur wenn wir einig und geschlossen sind und die Schwere der Gefahr erkennen, wird das Bürgertum einen Erfolg erzielen. Wir

### unterstützen die Regierung des Volkes,

die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit, wenn wir alle unsere Kraft für einen Erfolg des Bürgertums einsetzen.

**Der Aktionsausschuß des Hallischen Bürgerstreiks.**